Öffentliche Bekanntmachung

- Konstituierende Sitzung des Rates der Stadt Alfeld (Leine) für die XIX. Wahlperiode
- am Donnerstag, den 04.11.2021 um 17:00 Uhr
- **BBS Sporthalle, Hildesheimer Straße 55, 31061 Alfeld**

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung; Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung und der Beschlussfähigkeit des Rates der Stadt Alfeld (Leine)
- 2 Diensteid des Bürgermeisters- Fortgeltende Bindung des bereits geleisteten Eides
Vorlage: 017/XIX
- 3 Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Ratsfrauen und Ratsherren
Vorlage: 001/XIX
- 4 Wahl der/des Ratsvorsitzenden
Vorlage: 002/XIX
- 5 Feststellung der Tagesordnung
- 6 Sitzverlust des Ratsherrn Hanns Metge
Vorlage: 022/XIX
- 7 Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung des Ratsherrn Christoph Bessel
- 8 Wahl der stellvertretenden Ratsvorsitzenden
Vorlage: 003/XIX
- 9 Erlass der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alfeld (Leine) für die XIX. Wahlperiode
Vorlage: 004/XIX
- 10 Bildung von Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Alfeld (Leine)
Vorlage: 005/XIX
- 11 Bildung des Verwaltungsausschusses
Vorlage: 006/XIX
- 12 Wahl des/der stellvertretenden Bürgermeisters/Bürgermeister(in)/innen
Vorlage: 007/XIX
- 13 Bildung der Fachausschüsse
Vorlage: 008/XIX

- 14 Sitzverteilung in den Ausschüssen und Benennung der Ausschussmitglieder sowie der Vertreter/innen
Vorlage: 010/XIX
- 15 Besetzung der Ausschussvorsitze und Benennung der Vertreter/innen
Vorlage: 009/XIX
- 16 Ortsvorsteherin/ Ortsvorsteher für die Ortschaft Wettensen
 - a) Bestimmung einer Ortsvorsteherin/ eines Ortsvorstehers
 - b) Berufung der Ortsvorsteherin in das EhrenbeamtenverhältnisVorlage: 011/XIX
- 17 Benennung einer Vertreterin/ eines Vertreters der Stadt Alfeld (Leine) für die Gesellschaftsversammlung der Krankenhaus (Besitz-)GmbH
Vorlage: 012/XIX
- 18 Wahl der Abgeordneten für die II. Kurie der Landschaft des vormaligen Fürstentums Hildesheim für die XIX. Wahlperiode
Vorlage: 013/XIX
- 19 Benennung einer Vertreterin eines Vertreters der Stadt Alfeld (Leine) für die Gesellschaftsversammlung der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH
Vorlage: 014/XIX
- 20 Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Wasserwerk Alfeld GmbH
Vorlage: 015/XIX
- 21 Bestimmung von Vertreterinnen/ Vertretern der Stadt Alfeld (Leine) für den Kirchenvorstand der ev.-luth. St. Nicolai Kirchengemeinde Alfeld (Leine)
Vorlage: 016/XIX
- 22 Mitteilungen der Verwaltung
- 23 Anfragen

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 017/XIX

Informationsvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
nicht öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Diensteid des Bürgermeisters - Fortgeltende Bindung des bereits geleisteten Eides

Nach der Synchronisierung von Wahlperiode der Abgeordneten und Amtszeit des Bürgermeisters findet die Vereidigung des am allgemeinen Kommunalwahltag neu gewählten Bürgermeisters in der ersten Ratssitzung nach dem Beginn der neuen Wahlperiode statt.

Wenn der bisherige Bürgermeister wiedergewählt wird, so ist er von der Eidesleistung befreit und stattdessen durch einen zu den Personalakten zu nehmenden Hinweis darauf aufmerksam zu machen, dass der früher geleistete Diensteid ihn auch in dem neuen Beamtenverhältnis bindet.

Herr Beushausen wurde aufgrund des Beschlusses des Rates der Stadt Alfeld (Leine) am 25.09.2000 zum Ersten Stadtrat ernannt und für den Zeitraum vom 01.01.2001 bis zum 31.12.2008 in ein Beamtenverhältnis auf Zeit berufen. Im Zuge dieser Ernennung hat Herr Beushausen am 02.01.2001 den Diensteid bei der Stadt Alfeld (Leine) abgelegt.

Am 10. September 2006 fand die Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Alfeld (Leine) statt. Bei dieser Wahl wurde Herr Beushausen für den Zeitraum vom 01.11.2006 bis zum 31.10.2014 zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Alfeld (Leine) gewählt.

Auch hier war kein erneuter Diensteid notwendig, da sich das Beamtenverhältnis als gewählter Bürgermeister unmittelbar an ein Beamtenverhältnis auf Zeit bei der Stadt Alfeld (Leine) angeschlossen hat.

In der Sitzung des Rates am 07.11.2013 hat der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschlossen, auf die Durchführung der Bürgermeisterin-/Bürgermeisterwahl bis zum 31.10.2016 zu verzichten und die Amtszeit des bisherigen Bürgermeisters, Herrn Bernd Beushausen, bis zum 31.10.2016 zu verlängern.

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) hat dann in seiner Sitzung am 17.12.2015 beschlossen von der durch § 80 Abs. 2 Satz 3 NKomVG eröffneten Möglichkeit, die Wahl einer Hauptverwaltungsbeamtin/eines Hauptverwaltungsbeamten gemeinsam mit der Kommunalwahl am 11.09.2016 durchzuführen, Gebrauch zu machen. Die durch Beschluss vom 07.11.2013 bis zum 31.10.2016 verlängerte Amtszeit des amtierenden Bürgermeisters endet somit an dem Tag, an dem eine Nachfolgerin/ein Nachfolger die Annahme der Wahl erklärt.

Am 11. September 2016 fand die Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Alfeld (Leine) statt. Bei dieser Wahl wurde Herr Beushausen für den Zeitraum vom 01.11.2016 bis zum 31.10.2021 zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Alfeld (Leine) gewählt.

Auch hier war kein erneuter Diensteid notwendig, da sich das Beamtenverhältnis als gewählter Bürgermeister unmittelbar an ein Beamtenverhältnis auf Zeit bei der Stadt Alfeld (Leine) angeschlossen hat.

Am 12. September 2021 fand die Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Alfeld (Leine) statt. Bei dieser Wahl wurde der bis dahin amtierende Bürgermeister, Herr Bernd Beushausen, wiedergewählt.

Herr Beushausen hat die Annahme der Wahl zum hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt Alfeld (Leine) mit Schreiben vom 27.09.2021 erklärt.

Der von Herrn Beushausen am 02.01.2001 geleistete Diensteid bei der Stadt Alfeld (Leine) bindet ihn auch in dem neuen Beamtenverhältnis, dass mit der Annahme der Wahl am 27.09.2021 begründet wurde, und es bedarf daher keiner neuen Eidesleistung.

Rat der Stadt Alfeld
(Leine) 04.11.2021

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 18.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 001/XIX

Informationsvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Förmliche Verpflichtung und Pflichtenbelehrung der Ratsfrauen und Ratsherren

Gemäß § 60 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) werden die Ratsfrauen und Ratsherren zu Beginn der ersten Sitzung nach der Wahl vom Bürgermeister förmlich verpflichtet, ihre Aufgaben nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch wahrzunehmen und die Gesetze zu beachten.

Laut § 54 Abs. 3 NKomVG finden die Vorschriften der §§ 40, 41, 42 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 sowie des § 43 NKomVG auf Ratsfrauen und Ratsherren Anwendung. Danach sind Ratsfrauen und Ratsherren auf die ihnen nach den §§ 40 bis 42 NKomVG obliegenden Pflichten (Amtsverschwiegenheit, Mitwirkungsverbot und Vertretungsverbot) durch den Bürgermeister hinzuweisen. Der Hinweis ist aktenkundig zu machen.

Anlagen

Auszüge aus dem NKomVG
Bestätigung über die Pflichtenbelehrung

Pflichten der Mandatsträger nach den §§ 40 bis 43 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG); Auszug aus dem Gesetzestext

§ 40 Amtsverschwiegenheit

1) ¹Ehrenamtlich Tätige haben über Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz oder dienstliche Anordnung vorgeschrieben oder der Natur der Sache nach erforderlich ist, Verschwiegenheit zu wahren; dies gilt auch nach Beendigung ihrer Tätigkeit. ²Von dieser Verpflichtung werden ehrenamtlich Tätige auch nicht durch persönliche Bindungen befreit. ³Sie dürfen die Kenntnis von Angelegenheiten, über die sie verschwiegen zu sein haben, nicht unbefugt verwerthen. ⁴Sie dürfen ohne Genehmigung über solche Angelegenheiten weder vor Gericht noch außergerichtlich aussagen oder Erklärungen abgeben. ⁵Die Genehmigung wird für ihre Mitglieder von der Vertretung erteilt. ⁶Bei den übrigen ehrenamtlich Tätigen erteilt der Hauptausschuss die Genehmigung; er kann diese Zuständigkeit auf die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten übertragen.

(2) Wer die Pflichten nach Absatz 1 vorsätzlich oder grob fahrlässig verletzt, handelt ordnungswidrig, wenn die Tat nicht nach § 203 Abs. 2 oder nach § 353b des Strafgesetzbuchs (StGB) bestraft werden kann; § 39 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 gilt entsprechend.

§ 41 Mitwirkungsverbot

(1) ¹Ehrenamtlich Tätige dürfen in Angelegenheiten der Kommunen nicht beratend oder entscheidend mitwirken, wenn die Entscheidung einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil für folgende Personen bringen kann:

1. sie selbst,
2. ihre Ehegattin, ihren Ehegatten, ihre Lebenspartnerin oder ihren Lebenspartner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes,
3. ihre Verwandten bis zum dritten oder ihre Verschwägerten bis zum zweiten Grad während des Bestehens der Ehe oder der Lebenspartnerschaft im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes oder
4. eine von ihnen kraft Gesetzes oder Vollmacht vertretene Person.

²Als unmittelbar gilt nur derjenige Vorteil oder Nachteil, der sich aus der Entscheidung selbst ergibt, ohne dass, abgesehen von der Ausführung von Beschlüssen nach § 85 Abs. 1 Nr. 2, weitere Ereignisse eintreten oder Maßnahmen getroffen werden müssen.

³Satz 1 gilt nicht, wenn die ehrenamtlich Tätigen an der Entscheidung der Angelegenheit lediglich als Angehörige einer Berufs- oder Bevölkerungsgruppe beteiligt sind, deren gemeinsame Interessen durch die Angelegenheit berührt werden.

(2) Das Verbot des Absatzes 1 Sätze 1 und 2 gilt auch für ehrenamtlich Tätige, die gegen Entgelt bei einer natürlichen oder juristischen Person des öffentlichen oder privaten Rechts oder einer Vereinigung beschäftigt sind, wenn die Entscheidung diesen Dritten einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann.

(3) Das Verbot des Absatzes 1 Sätze 1 und 2 gilt nicht für

1. die Beratung und Entscheidung über Rechtsnormen,
2. Beschlüsse, welche die Besetzung unbesoldeter Stellen oder die Abberufung aus ihnen betreffen,
3. Wahlen,
4. ehrenamtlich Tätige, die dem Vertretungsorgan einer juristischen Person als Vertreterin oder Vertreter der Kommune angehören.

(4) ¹Wer annehmen muss, nach den Vorschriften der Absätze 1 und 2 an der Beratung und Entscheidung gehindert zu sein, hat dies vorher mitzuteilen. ²Ob ein Mitwirkungsverbot besteht, entscheidet die Stelle, in der oder für welche die ehrenamtliche Tätigkeit ausgeübt wird. ³Wird über eine Rechtsnorm beraten oder entschieden (Absatz 3 Nr. 1), so hat die ehrenamtlich tätige Person vorher mitzuteilen, wenn sie oder eine der in Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 genannten Personen ein besonderes persönliches oder wirtschaftliches Interesse am Erlass oder Nichterlass der Rechtsnorm hat.

(5) ¹Wer nach den Vorschriften der Absätze 1 und 2 gehindert ist, an der Beratung und Entscheidung einer Angelegenheit mitzuwirken, hat den Beratungsraum zu verlassen. ²Bei einer öffentlichen Sitzung ist diese Person berechtigt, sich in dem für Zuhörerinnen und Zuhörer bestimmten Teil des Beratungsraumes aufzuhalten.

(6) ¹Ein Beschluss, der unter Verletzung der Vorschriften der Absätze 1 und 2 gefasst worden ist, ist unwirksam, wenn die Mitwirkung für das Abstimmungsergebnis entscheidend war. ² § 10 Abs. 2 Satz 1 gilt jedoch entsprechend. ³Wenn eine öffentliche Bekanntmachung des Beschlusses nicht erforderlich ist, beginnt die Frist nach § 10 Abs. 2 Satz 1 mit dem Tag der Beschlussfassung.

§ 42 Vertretungsverbot

(1) ¹Ehrenbeamtinnen und Ehrenbeamte dürfen Dritte nicht vertreten, wenn diese ihre Ansprüche und Interessen gegenüber der Kommune geltend machen; hiervon ausgenommen sind Fälle der gesetzlichen Vertretung. ²Für andere ehrenamtlich Tätige gilt das Vertretungsverbot des Satzes 1, wenn die Vertretung im Rahmen ihrer Berufsausübung erfolgen und mit den Aufgaben ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit im Zusammenhang stehen würde.

(2) Feststellungen über das Vorliegen der Voraussetzungen des Absatzes 1 trifft die Vertretung.

§ 43 Pflichtenbelehrung

¹Ehrenamtlich Tätige sind durch die Hauptverwaltungsbeamtin oder den Hauptverwaltungsbeamten vor Aufnahme ihrer Tätigkeit auf ihre Pflichten nach den §§ 40 bis 42 hinzuweisen. ²Der Hinweis ist aktenkundig zu machen.

In § 40 Abs. 2 NKomVG ist außerdem ein Hinweis auf § 39 Abs. 2 Sätze 2 bis 4 NKomVG enthalten:

§ 39 Verhinderung

(1) Die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit kann abgelehnt und die Aufhebung der Übertragung verlangt werden, wenn der Bürgerin oder dem Bürger die Tätigkeit wegen des Alters, des Gesundheitszustandes, der Berufs- oder Familienverhältnisse oder wegen eines sonstigen persönlichen Umstandes nicht zugemutet werden kann.

(2) ¹Wer ohne einen Grund nach Absatz 1 die Übernahme einer ehrenamtlichen Tätigkeit ablehnt oder ihre Ausübung verweigert, handelt ordnungswidrig. ²Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße geahndet werden. ³Zuständige Behörde nach § 36 Abs. 1 Nr. 1 OWiG ist die Kommune. ⁴Der Hauptausschuss, bei Abgeordneten die Vertretung, entscheidet, ob eine Ordnungswidrigkeit verfolgt und geahndet wird. ⁵Im Übrigen trifft die Hauptverwaltungsbeamtin oder der Hauptverwaltungsbeamte die erforderlichen Maßnahmen.

Absender:

.....

**Pflichtenbelehrung nach § 43 des Niedersächsischen
Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG)**

Ich bestätige hiermit, dass ich auf die mir nach den §§ 40 bis 42 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) obliegenden Pflichten hingewiesen worden bin.

Einen Abdruck der Bestimmungen habe ich erhalten.

.....
(Unterschrift)

Alfeld (Leine),

Rat der Stadt Alfeld
(Leine) 04.11.2021

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 002/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Wahl der/des Ratsvorsitzenden

In seiner ersten Sitzung wählt der Rat gem. § 61 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) unter der Leitung des ältesten anwesenden und hierzu bereiten Ratsmitgliedes aus der Mitte der Ratsfrauen und Ratsherren die Ratsvorsitzende oder den Ratsvorsitzenden für die Dauer der Wahlperiode.

Vorschlags- und wahlberechtigt sind alle Mitglieder des Rates, also auch der hauptamtliche Bürgermeister. Wählbar sind hingegen nur die Ratsfrauen und Ratsherren.

Nach § 67 NKomVG wird schriftlich gewählt. Steht nur eine Person zur Wahl, so wird, wenn niemand widerspricht, durch Zuruf oder Handzeichen gewählt. Auf Verlangen eines Ratsmitgliedes ist geheim zu wählen. Gewählt ist die Person, für die die Mehrheit der Ratsmitglieder gestimmt hat. Wird dieses Ergebnis im ersten Wahlgang nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Im zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen erhalten hat. Ergibt sich im zweiten Wahlgang Stimmgleichheit, so entscheidet das Los.

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) wird gebeten, die Wahl der/des Ratsvorsitzenden vorzunehmen.

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 01.11.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 022/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Sitzverlust des Ratsherrn Hanns Metge

Herr Metge hat schriftlich mitgeteilt, dass er sein Ratsmandat aus persönlichen Gründen nicht mehr ausüben möchte.

Durch diese schriftliche Verzichtserklärung endet die Mitgliedschaft im Rat der Stadt Alfeld (Leine).

Nach § 52 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) hat der Rat zu Beginn seiner Sitzung festzustellen, ob die Voraussetzung nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG (schriftliche Verzichtserklärung) für den Sitzverlust vorliegt.

Dem Betroffenen ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Auf dieses Recht wurde Herr Metge hingewiesen.

Der Sitzverlust tritt mit der Beschlussfassung durch den Rat ein.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Durch die schriftliche Verzichtserklärung endet die Mitgliedschaft Herrn Hanns Metge im Rat der Stadt Alfeld (Leine). Gemäß § 52 Abs. 2 NKomVG wird festgestellt, dass die Voraussetzung nach § 52 Abs. 1 Nr. 1 NKomVG für den Sitzverlust vorliegt.“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 003/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Wahl der stellvertretenden Ratsvorsitzenden

Der Rat hat gem. § 61 Abs. 1 Satz 3 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) über die Stellvertretung der Ratsvorsitzenden oder des Ratsvorsitzenden zu beschließen.

Vorschlags- und wahlberechtigt sind alle Ratsmitglieder, also auch der hauptamtliche Bürgermeister. Wählbar hingegen nur die Ratsfrauen und Ratsherren.

Wenn mehrere Stellvertreter/innen bestellt werden, sollte zur Vermeidung von Missverständnissen eine Reihenfolge festgelegt werden.

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) wird gebeten, die Wahl von einem oder mehreren stellvertretenden Ratsvorsitzenden durchzuführen und die Reihenfolge der Vertretung festzulegen.

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 004/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Erlass der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Alfeld (Leine) für die XIX. Wahlperiode

Der Rat gibt sich gem. § 69 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) eine Geschäftsordnung, die insbesondere Bestimmungen über die Aufrechterhaltung der Ordnung, die Ladung und das Abstimmungsverfahren enthalten soll.

Der Entwurf der Geschäftsordnung ist als Anlage beigefügt.

Es wurden die rot markierten Abschnitte bzgl. der Sitzungen mit Videokonferenztechnik ergänzt.

Ein Entwurf dieser Änderung ist den Fraktionsvorsitzenden im Oktober übersandt worden.

Der Entwurf entspricht im Wesentlichen der vom Niedersächsischen Städtetag gemeinsam mit dem Niedersächsischen Städte- und Gemeindebund herausgegebenen Mustergeschäftsordnung.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld Leine:

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die als Anlage beigefügte Geschäftsordnung der XIX. Wahlperiode.“

Anlage:

Entwurf der Geschäftsordnung

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 06.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 005/XIX

Informationsvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Bildung von Fraktionen und Gruppen im Rat der Stadt Alfeld (Leine)

Gemäß § 57 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) können sich zwei oder mehr Ratsfrauen oder Ratsherren zu einer Fraktion oder Gruppe zusammenschließen.

Die Begriffe „Fraktionen“ und „Gruppen“ werden nachstehend erläutert:

Im Allgemeinen werden Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die ihre Sitze im Rat aufgrund des gleichen Wahlvorschlages erworben haben, als Fraktionen bezeichnet. Alle anderen Zusammenschlüsse von Ratsfrauen und Ratsherren, die aufgrund verschiedener Wahlvorschläge ihren Sitz im Rat erlangt haben sind Gruppen. Dazu zählen auch Zusammenschlüsse von Fraktionen mit fraktionslosen Ratsmitgliedern sowie mit anderen Fraktionen.

Ratsfrauen und Ratsherren dürfen nur einer Fraktion angehören. Entsprechendes gilt für die Zugehörigkeit zu den Gruppen.

Die Gruppe nimmt anstelle der an ihr beteiligten Fraktionen die kommunalverfassungsrechtlichen Rechte wahr.

Jede Fraktion und jede Gruppe hat einen Vorsitzenden/eine Vorsitzende und eine/einen oder mehrere stellvertretende Vorsitzende. Die Bildung einer Fraktion oder Gruppe ist zur ersten (konstituierenden) Sitzung des Rates von der/dem Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe der/dem Bürgermeister/in schriftlich anzuzeigen, der den/die Sitzungsleiter/in unterrichtet. Dabei sind neben der Bezeichnung der Fraktion oder Gruppe die Namen der/des Vorsitzenden der Fraktion oder Gruppe, ihrer/seiner Stellvertreter/innen und aller der Fraktion oder Gruppe angehörenden Ratsfrauen und Ratsherren anzugeben. Nach der ersten Ratssitzung sind Änderungen, die Auflösung von Fraktionen und Gruppen sowie die Bildung weiterer Fraktionen und Gruppen in gleicher Weise der/dem Bürgermeister/in schriftlich mitzuteilen.

Die Bildung von Fraktionen und Gruppen sowie Änderungen werden mit dem Eingang der genannten schriftlichen Anzeigen wirksam.

Die Bildung von Fraktionen und Gruppen bedarf nicht eines Beschlusses durch den Rat. In der konstituierenden Ratssitzung soll lediglich informativ festgehalten werden, welche Fraktionen und Gruppen sich in der XIX. Wahlperiode des Rates der Stadt Alfeld (Leine) gebildet haben, weil die Fraktions- und Gruppenbildungen auch für die weiteren zu behandelnden Tagesordnungspunkte von grundlegender Bedeutung sind.

Im Rat der Stadt Alfeld (Leine) werden folgende Fraktionen und Gruppen gebildet:

Fraktion	Fraktionsvorsitzender	Stellvertreter
SPD-Ratsfraktion	Peter Winkelmann	Waltraud Friedemann Lukas Lohmann
Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion	Kerstin Funk-Pernitzsch	Thorsten Dinkela
CDU-Ratsfraktion	Andreas Behrens	Heike Lietz Oliver Wöhler
BAL-Ratsfraktion	Uwe Höltgebaum	Stephan Schaper Guido Franke

Gruppe	Gruppenvorsitzender	Stellvertreter
CDU/FDP	Andreas Behrens	Sonja Maria Lehmann

Rat der Stadt Alfeld
(Leine) 04.11.2021

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 006/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Bildung des Verwaltungsausschusses

Gemäß § 75 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) bestimmt der Rat in seiner ersten Sitzung die Beigeordneten aus der Mitte der Ratsfrauen und Ratsherren. Dabei ist § 71 Abs. 2, Sätze 2 bis 5 und Abs. 3 NKomVG anzuwenden.

Den Vorsitz des Verwaltungsausschusses führt nach § 74 Abs. 1 Satz 3 der Bürgermeister.

Nach § 74 Abs. 2 NKomVG beträgt die Zahl der Beigeordneten in Gemeinden mit 26 bis 36 Ratsmitgliedern 6 Beigeordnete. In Gemeinden, die 16 bis 44 Ratsmitglieder haben, kann der Rat für die Dauer der Wahlperiode beschließen, dass sich die Zahl der Beigeordneten um zwei erhöht. Dieser Beschluss muss jedoch gefasst werden, bevor der Rat in seiner ersten Sitzung den Verwaltungsausschuss bildet.

Die Sitze im Verwaltungsausschuss werden nach § 71 Abs. 2 Sätze 2 und 3 NKomVG auf die Fraktionen und Gruppen nach der Reihenfolge der Höchstzahlen verteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen und Gruppen durch 1, 2, 3 usw. ergeben. Über die Zuteilung übrigbleibender Sitze entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das Los, welches die oder der Ratsvorsitzende zu ziehen hat.

Eine Anrechnung des Bürgermeisters findet nicht statt, weil er keiner Fraktion oder Gruppe angehört.

Fraktionen und Gruppen, die nach dieser Sitzverteilung keine Beigeordneten in den Verwaltungsausschuss entsenden können, sind berechtigt, ein zusätzliches Mitglied mit beratender Stimme (Grundmandat) in den Verwaltungsausschuss zu entsenden.

Die sich danach ergebende Sitzverteilung und die Besetzung des Verwaltungsausschusses stellt der Rat durch Beschluss fest.

Der Rat kann einstimmig ein von diesen Regelungen abweichendes Verfahren beschließen.

Für jede Ratsfrau und jeden Ratsherrn, die oder der dem Verwaltungsausschuss angehört, ist eine Stellvertreterin oder ein Stellvertreter zu bestimmen. Stellvertreterinnen und Stellvertreter, die von derselben Fraktion oder Gruppe benannt worden sind, vertreten sich untereinander. Ist eine Fraktion oder Gruppe nur durch ein Mitglied im Verwaltungsausschuss vertreten, so kann

sie eine zweite Stellvertreterin oder einen zweiten Stellvertreter bestimmen.

Für den Bürgermeister als Mitglied des Verwaltungsausschusses kann ein Vertreter nicht bestellt werden, so dass bei seiner Verhinderung seine Stimme fehlt.

Als Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses vertritt den Bürgermeister die/der stellvertretende Bürgermeister/in.

Aufgrund der mitgeteilten Fraktions- und Gruppenbildungen ergeben sich für den Verwaltungsausschuss folgende Sitzverteilungen:

SPD-Ratsfraktion	3 Sitze
CDU/FDP-Gruppe	2 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen Ratsfraktion	1 Sitz

Auf die BAL Ratsfraktion entfällt kein Sitz, daher kann diese ein Grundmandat erhalten.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Dem Verwaltungsausschuss gehören an:

Mitglieder:

SPD
SPD
SPD
CDU
CDU
Grüne

Vertreter:

SPD
SPD
SPD
CDU
CDU
1. Grüne
2. Grüne

Grundmandat:

BAL

1. BAL
2. BAL“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 007/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Wahl des/der stellvertretenden Bürgermeisters/Bürgermeister(in)/innen

Gemäß § 81 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) wählt der Rat in seiner ersten Sitzung aus den Beigeordneten bis zu drei ehrenamtliche Stellvertreterinnen oder Stellvertreter des hauptamtlichen Bürgermeisters.

Ihre Aufgabe erstreckt sich im Verhinderungsfall auf die repräsentative Vertretung des hauptamtlichen Bürgermeisters, den Vorsitz im Verwaltungsausschuss sowie die Einberufung des Verwaltungsausschusses einschließlich der Aufstellung der Tagesordnung.

Soll es unter den Stellvertreterinnen und Stellvertretern eine Reihenfolge geben, so wird diese vom Rat bestimmt. Die Stellvertreterinnen und Stellvertreter führen die Bezeichnung stellvertretende Bürgermeisterin oder stellvertretender Bürgermeister.

Vorschlagsberechtigt für dieses Amt ist jedes Ratsmitglied, wählbar jede/r Beigeordnete.

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) wird gebeten, die Wahl von bis zu drei stellvertretenden Bürgermeisterinnen/Bürgermeistern durchzuführen und ggf. die Reihenfolge der Vertretung festzulegen.

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 008/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Bildung der Fachausschüsse

Gemäß § 71 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) kann der Rat aus der Mitte der Ratsfrauen und Ratsherren beratende Ausschüsse bilden. Bei der Zuteilung der Ausschusssitze bleibt der Bürgermeister unberücksichtigt.

Durch Beschluss ist zunächst festzulegen, welche Ausschüsse gebildet werden und welche Mitgliederzahl sie haben sollen. Nicht zulässig ist die Bildung von Ausschüssen für Angelegenheiten für die der Rat nicht zuständig ist. Dabei ist zu beachten, dass der Rat nach § 71 Abs. 7 NKomVG neben Personen aus seiner Mitte andere Personen, jedoch nicht Gemeindebedienstete, zu Mitgliedern berufen kann. Dabei sind die Absätze 2, 3, 5 und 10 des § 71 NKomVG entsprechend anzuwenden (Verteilung dieses Personenkreises entsprechend der Stärke der Fraktionen und Gruppen im Rat usw.). Dabei kann der Rat nach § 71 Abs. 10 NKomVG einstimmig ein davon abweichendes Verfahren beschließen.

Mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder sollen Ratsfrauen oder Ratsherren sein. Die nicht dem Rat angehörenden Ausschussmitglieder haben kein Stimmrecht.

Bei den Ausschüssen, die der Rat nicht im Rahmen seiner eigenen Entscheidung nach § 71 Abs. 1 NKomVG einrichtet, sondern deren Bildung durch besondere Rechtsvorschriften vorgeschrieben ist, muss § 73 NKomVG beachtet werden. Die nicht dem Rat angehörenden Mitglieder solcher Ausschüsse haben Stimmrecht soweit sich aus den besonderen Rechtsvorschriften nichts anderes ergibt.

Ausschüsse, die nach den besonderen Rechtsvorschriften gebildet werden müssen, sind der Schulausschuss, der Jugendausschuss und der Umlegungsausschuss (wird bei Bedarf gebildet).

Schulausschuss:

Nach § 110 Abs. 1 des Niedersächsischen Schulgesetzes (NSchG) bilden die Schulträger mit Ausnahme des Landes einen oder mehrere Schulausschüsse. Die Schulausschüsse setzen sich nach § 110 Abs. 2 NSchG aus Mitgliedern der Vertretungskörperschaft des Schulträgers

(Rat) und aus einer vom Schulträger zu bestimmenden Zahl stimmberechtigter Vertreterinnen oder Vertreter der in seiner Trägerschaft stehenden Schulen zusammen. Jedem Schulausschuss müssen mindestens je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler angehören. Die Mitglieder der Vertretungskörperschaft des Schulträgers (Rat) müssen in der Mehrheit sein. Die Vertreterinnen oder Vertreter der Schülerinnen und Schüler müssen mindestens 14 Jahre alt sein.

Nach § 110 Abs. 4 NSchG beruft die Vertretungskörperschaft des Schulträgers (Rat) die Mitglieder nach § 110 Abs. 2 Satz 2 NSchG (also mindestens je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Lehrkräfte, der Eltern sowie der Schülerinnen und Schüler) auf Vorschlag der jeweiligen Gruppe. Die Vorschläge sind bindend.

Dabei teilen die kommunalen Schulträger den Gruppenvertretungen (also Lehrkräften, Eltern und Schülern) mit, für welche Zahl von Mitgliedern sie jeweils vorschlagsberechtigt sind. Neben den Mitgliedern soll mindestens die einfache Zahl von Ersatzmitgliedern vorgeschlagen werden. Die sich in der Trägerschaft der Stadt Alfeld befindlichen Schulen und die Elternschaft sind aufgefordert worden, entsprechende Vorschläge zu unterbreiten.

Schülerinnen und Schüler bleiben unberücksichtigt, da es sich bei den Schulen in der Trägerschaft der Stadt Alfeld (Leine) ausschließlich um Grundschulen handelt, an denen keine Schülerinnen und Schüler über 14 Jahren unterrichtet werden.

In der abgelaufenen Wahlperiode haben dem Schulausschuss zwei Elternvertreter/innen und zwei Lehrervertreter/innen angehört.

Jugendausschuss:

Gemäß § 13 Abs. 2 des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (AG KJHG) ist die Stadt Alfeld (Leine) verpflichtet, einen Jugendausschuss zu bilden.

Dieser Jugendausschuss ist nicht vergleichbar mit dem Jugendhilfeausschuss nach § 71 Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG), jetzt Sozialgesetzbuch Aachtes Buch (SGB VIII). Insbesondere ist festzustellen, dass der gemeindliche Jugendausschuss nicht die besondere Rechtsstellung mit Beschlusskompetenz und Selbstbefassungsrecht hat, die dem Jugendhilfeausschuss zugewiesen ist. Auch hinsichtlich der Zusammensetzung gibt es Unterschiede. Aus dem Landesrecht zum Jugendhilfeausschuss wurde lediglich die Frauenquote des § 3 Abs. 2 AG KJHG übernommen sowie die Verpflichtung, Bürgermitglieder auf Verbandsvorschlag in die Arbeit des Ausschusses mit einzubeziehen. Ansonsten gilt für diesen Ausschuss die Vorschrift des § 71 NKomVG.

Auch die Größe des Ausschusses ist durch das Spezialgesetz nicht geregelt. Es gilt also das allgemeine Kommunalverfassungsrecht, wonach mindestens zwei Drittel der Ausschussmitglieder dem Rat angehören sollen. Sowohl die Zahl der stimmberechtigten als auch die Anzahl der hinzu gewählten beratenden Mitglieder wird vom Rat festgelegt.

Da regelmäßig zwei Aufgabenbereiche der Jugendhilfe durch die Gemeinden zu erledigen sind (Jugendarbeit und Betreuung von Kindern in Tageseinrichtungen sowie in Tagespflege), wird regelmäßig mindestens für jeden der Aufgabenbereiche je ein beratendes Mitglied in den Ausschuss zu berufen sein. Das bedeutet, dass mindestens zwei Mitglieder außerhalb des Rates in den Ausschuss zu berufen sind. Eine Ausweitung um weitere beratende Mitglieder ist möglich.

Vorschlagsberechtigt für die beratenden Mitglieder sind alle nach § 75 KJHG/SGB VIII anerkannten Verbände, die im Bereich der Gemeinde arbeiten. Gem. § 75 Abs. 3 KJHG/SGB VIII sind die Kirchen und Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts sowie die auf Bundesebene zusammengeschlossenen Verbände der freien Wohlfahrtspflege anerkannte

Träger der freien Jugendhilfe. Wichtig ist dabei, dass tatsächlich auch Aktivitäten im Bereich der Jugendhilfe im Gemeindegebiet erfolgen und dass sich nicht nur eine bloße Verbandszuständigkeit auf das Gemeindegebiet erstreckt.

Nach § 3 Abs. 2 AG KJHG soll die Hälfte der stimmberechtigten und der sie vertretenden Mitglieder des Ausschusses Frauen sein. Nach Auffassung des Kultusministeriums kann von der Sollvorschrift über die Frauenquote nur in den Fällen abgewichen werden, in denen nicht ausreichend Frauen im Rat vertreten sind. Die Frauenquote gilt nicht für die beratenden Mitglieder aus dem Bereich der freien Jugendhilfe. Bei der Benennung der Ausschussmitglieder aus den Fraktionen/Gruppen kann die Frauenquote nicht „zwangsweise“ durchgesetzt werden.

Dem Fachausschuss gehörten in der abgelaufenen Wahlperiode sieben Mitglieder des Rates sowie je ein/e Vertreter/in des Paritätischen Hildesheim-Alfeld, des Diakonischen Werkes, des Deutschen Roten Kreuzes, der Arbeiterwohlfahrt sowie des Stadtjugendringes an.

Die beratenden Mitglieder aus dem Bereich der freien Jugendhilfe haben kein Stimmrecht.

Nach dem Willen des Landesgesetzgebers handelt es sich bei dem gemeindlichen Jugendausschuss um einen eigenständigen Ausschuss, der regelmäßig nur die jugendrechtlichen Tatbestände zu bearbeiten hat. Eine Aufgabenerweiterung um artverwandte Bereiche (z.B. Soziales) ist möglich.

Aufgrund der interfraktionellen Übereinkunft sowie unter Berücksichtigung der Anzahl der Bürgerdeputierten in den Ausschüssen der XIX. Wahlperiode könnten folgende Fachausschüsse gebildet werden:

Bau- und Grundeigentumsausschuss: neun Mitglieder

Feuerschutz- und Ordnungsausschuss: neun Mitglieder
zuzüglich einer Vertreterin / eines Vertreters der Feuerwehr, des Leiters des Polizeikommissariats Alfeld (oder Vertreter im Amt) sowie zwei weiterer Personen als Bürgerdeputierte

Finanzausschuss: neun Mitglieder

Jugend- und Sozialausschuss: neun Mitglieder
zuzüglich je einer Vertreterin / eines Vertreters des Paritätischen, des DRK, des Diakonischen Werkes, der AWO und des Stadtjugendringes und ggf. eines Jugend/Schülervertreters

Kultur-, Fremdenverkehrs- und Weltkulturerbeausschuss: neun Mitglieder
zuzüglich fünf Bürgerdeputierte

Schulausschuss: neun Mitglieder
zuzüglich zwei Lehrervertreter/innen sowie zwei Elternvertreter/innen

Sportausschuss: neun Mitglieder
zuzüglich fünf Bürgerdeputierte

**Stadtentwicklungs- und Umweltschutz-
ausschuss:** neun Mitglieder

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Es werden folgende Fachausschüsse mit folgenden Mitgliederstärken gebildet:

Fachausschuss	Mitgliederstärke
Bau- und Grundeigentumsausschuss:	neun Mitglieder
Feuerschutz- und Ordnungsausschuss:	neun Mitglieder zuzüglich einer Vertreterin / eines Vertreters der Feuerwehr, des Leiters des Polizeikommissariats Alfeld (oder Vertreter im Amt) sowie zwei weiterer Personen als Bürgerdeputierte
Finanzausschuss:	neun Mitglieder
Jugend- und Sozialausschuss:	neun Mitglieder zuzüglich je einer Vertreterin / eines Vertreters des Paritätischen, des DRK, des Diakonischen Werkes, der AWO und des Stadtjugendringes und ggf. eines Jugend/ Schülervertreters
Kultur-, Fremdenverkehrs- und Weltkulturerbeausschuss:	neun Mitglieder zuzüglich fünf Bürgerdeputierte
Schulausschuss:	neun Mitglieder zuzüglich zwei Lehrervertreter/innen sowie zwei Elternvertreter/innen
Sportausschuss:	neun Mitglieder zuzüglich fünf Bürgerdeputierte
Stadtentwicklungs- und Umweltschutz- ausschuss:	neun Mitglieder.“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 010/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Sitzverteilung in den Ausschüssen und Benennung der Ausschussmitglieder sowie der Vertreter/innen

Die Ausschüsse des Rates werden gem. § 71 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Weise gebildet, dass, die vom Rat festgelegte Zahl der Sitze (9 Sitze) auf die Benennungen der Fraktionen und Gruppen des Rates nach der Reihenfolge der Höchstzahlen verteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen und Gruppen durch 1, 2, 3 usw. ergeben. Über die Zuteilung übrigbleibender Sitze entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das Los, welches die oder der Ratsvorsitzende zu ziehen hat.

Eine Anrechnung des Bürgermeisters findet nicht statt, weil er keiner Fraktion oder Gruppe angehört.

Ratsfrauen oder Ratsherren, die keiner Fraktion oder Gruppe angehören, können verlangen, in einem Ausschuss ihrer Wahl beratendes Mitglied zu werden, sofern sie nicht bereits stimmberechtigtes Mitglied eines Ausschusses sind.

Der Rat kann einstimmig ein von den Regelungen des § 71 Abs. 2, 3, 4, 6 und 8 NKomVG abweichendes Verfahren beschließen.

Die sich nach § 71 Abs. 2, 3 und 4 NKomVG ergebende Sitzverteilung und die Ausschussbesetzung stellt der Rat durch Beschluss fest.

Die Anlage wird nachgereicht oder als Tischvorlage zur Konstituierung vorgelegt, weil bis zur Erstellung dieser Vorlage noch nicht alle Meldungen der Fraktionen und Gruppen vorlagen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Aufgrund der Fraktions- und Gruppenbildung ergibt sich in den Fachausschüssen folgende Sitzverteilung:

SPD-Ratsfraktion	4 Sitze
Gruppe CDU/FDP	3 Sitze
Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion	1 Sitz
BAL-Ratsfraktion	1 Sitz

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) beschließt die als Anlagen beigefügten Fachausschussbesetzungen für die XIX. Wahlperiode.“

Anlagen

Übersicht Fachausschüsse (*wird nachgereicht*)

Rat der Stadt Alfeld
(Leine) 04.11.2021

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 009/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Besetzung der Ausschussvorsitze und Benennung der Vertreter/innen

Die Ausschussvorsitze werden den Fraktionen und Gruppen gem. § 71 Abs. 8 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) in der Reihenfolge der Höchstzahlen zugeteilt, die sich durch Teilung der Mitgliederzahlen der Fraktionen und Gruppen durch 1, 2, 3 usw. ergeben. Bei gleichen Höchstzahlen entscheidet das Los, dass die/der Ratsvorsitzende zu ziehen hat.

Aufgrund der mitgeteilten Fraktions- und Gruppenbildungen ergeben sich in den Ausschüssen folgende Ausschussvorsitze:

SPD Ratsfraktion	3 Ausschussvorsitze
Gruppe CDU/FDP	3 Ausschussvorsitze
Bündnis 90/Die Grünen-Ratsfraktion	1 Ausschussvorsitz

Sowie ein Losverfahren über den 8. Vorsitz zwischen SPD-Ratsfraktion und BAL-Ratsfraktion.

Die Fraktionen und Gruppen benennen die Ausschüsse, deren Vorsitz sie beanspruchen, in der Reihenfolge der Höchstzahlen und bestimmen die Vorsitzenden aus der Mitte der den Ausschüssen angehörenden Ratsfrauen und Ratsherren.

In einer interfraktionellen Übereinkunft wurde die Wahrnehmung der Ausschussvorsitze festgelegt.

Die BAL-Ratsfraktion verzichtet auf einen Vorsitz bzw. das Losverfahren um den 8. Ausschussvorsitz mit der SPD-Ratsfraktion.

Aufgrund einer interfraktionelle Abstimmung ergeben sich folgende Ausschussvorsitze:

SPD-Ratsfraktion:	Jugend- und Sozialausschuss
	Bau- und Grundeigentumsausschuss
	Sportausschuss
	Kultur-, Tourismus- und Weltkulturerbeausschuss

CDU/FDP-Gruppe: Stadtentwicklungs- und Umweltschutzausschuss
 Feuerschutz- und Ordnungsausschuss
 Schulausschuss

Bündnis 90/Die Grünen: Finanzausschuss

Die namentliche Aufstellung wird zeitnah nachgereicht bzw. wird als Tischvorlage zur Konstituierung vorgelegt, weil bis zur Erstellung dieser Vorlage noch nicht alle Meldungen der Fraktionen und Gruppen vorlagen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) stellt die als Anlage beigefügten Ausschussvorsitzenden sowie deren Stellvertreter/innen fest.“

Anlagen:

- Übersicht Ausschussvorsitze sowie Vertreter (**wird nachgereicht**)

Rat der Stadt Alfeld
(Leine) 04.11.2021

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 011/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Ortsvorsteherin/Ortsvorsteher für die Ortschaft Wettensen

a) Bestimmung einer Ortsvorsteherin/ eines Ortsvorstehers

b) Berufung der/des Ortsvorsteherin/Ortsvorsteher in das Ehrenbeamtenverhältnis

In § 5 Abs. 1 der Hauptsatzung der Stadt Alfeld (Leine) ist festgelegt, dass für die Ortschaft Wettensen ein(e) Ortsvorsteher(in) bestellt wird.

Nach § 96 Abs. 1 Satz 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) bestimmt der Rat die Ortsvorsteherin oder den Ortsvorsteher für die Dauer der Wahlperiode auf Grund des Vorschlags der Fraktion, deren Mitglieder der Partei oder Wählergruppe angehören, die in der Ortschaft bei der Wahl der Ratsfrauen und Ratsherren die meisten Stimmen erhalten hat.

Die Bestimmung der Ortsvorsteherin/des Ortsvorstehers erfolgt durch Beschluss nach § 66 NKomVG.

Der Ortsvorsteherin oder der Ortsvorsteher ist gem. § 96 NKomVG i. V. m. dem § 5 Abs. 2 der Hauptsatzung der Stadt Alfeld (Leine) in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen. Sie oder er muss in der Ortschaft, für die sie oder er bestellt wird, wohnen.

Sie oder er hat die Belange der Ortschaft gegenüber den Organen der Gemeinde zur Geltung zu bringen und im Interesse einer bürgernahen Verwaltung Hilfsfunktionen für die Verwaltung zu erfüllen.

Zu allen wichtigen Fragen, die die Ortschaft in besonderer Weise berühren, ist die Ortsvorsteherin/der Ortsvorsteher rechtzeitig anzuhören. Das Anhörungsrecht besteht vor der Beschlussfassung des Rates oder des Verwaltungsausschusses insbesondere in folgenden Angelegenheiten:

a) Aufstellung, Änderung, Ergänzung und Aufhebung des Flächennutzungsplanes sowie von Satzungen nach dem Bundesbaugesetz und dem Städtebauförderungsgesetz, soweit sie sich auf die Ortschaft beziehen,

b) Planung und Durchführung von Investitionsvorhaben in der Ortschaft,

- c) Errichtung, Übernahme, wesentliche Änderung und Aufhebung von öffentlichen Einrichtungen in der Ortschaft,
- d) Ausbau und Umbau sowie Benennung und Umbenennung von Straßen, Wegen und Plätzen
- e) Veräußerung, Vermietung und Verpachtung von Grundvermögen der Gemeinde, soweit es in der Ortschaft gelegen ist,
- f) Änderung der Grenzen der Ortschaft.

Bei der Kommunalwahl am 12.09.2021 hat die Bürgerliste Alfeld (BAL) - Die Unabhängigen die meisten Stimmen bei der Wahl der Ratsfrauen und Ratsherren in der Ortschaft Wettensen erhalten.

Das Vorschlagsrecht für die Ortschaft Wettensen steht daher der BAL-Ratsfraktion zu.

Die BAL-Ratsfraktion hat mit Schreiben vom 13.10.2021 schriftlich vorgeschlagen, dass Herr Sebastian Wieprich als Ortsvorsteher für die Ortschaft Wettensen bestimmt werden soll.

Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) wird gebeten, Herrn Sebastian Wieprich als Ortsvorsteher für die Ortschaft Wettensen zu bestimmen und ihn in das Ehrenbeamtenverhältnis zu berufen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt (Leine):

- „a) Als Ortsvorsteher für die Ortschaft Wettensen wird Herr Sebastian Wieprich bestimmt.
- b) Herr Sebastian Wieprich wird in seiner Funktion als Ortsvorsteher für die Dauer der Wahlperiode in das Ehrenbeamtenverhältnis berufen.“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 012/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Benennung einer Vertreterin/ eines Vertreters der Stadt Alfeld (Leine) für die Gesellschaftsversammlung der Krankenhaus (Besitz-)GmbH

Die Stadt Alfeld (Leine) ist Gesellschafterin der Krankenhaus Alfeld (Besitz-) GmbH.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung von Unternehmen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, werden gem. § 138 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom Rat gewählt.

Da nur ein(e) Vertreter(in) zu entsenden ist, richtet sich die Wahl nach § 67 NKomVG.

Für die Dauer der Wahlperiode von 2021 bis 2025 wird wiederum vorgeschlagen, den Bürgermeister als Vertreter der Stadt Alfeld (Leine) zu bestimmen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„In der Gesellschafterversammlung der Krankenhaus Alfeld (Besitz-) GmbH wird die Stadt Alfeld (Leine) durch den Bürgermeister oder durch seinen allgemeinen Vertreter vertreten.“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 013/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Wahl der Abgeordneten für die II. Kurie der Landschaft des vormaligen Fürstentums Hildesheim für die XIX. Wahlperiode

Mit Ablauf der Wahlperiode des Rates endet auch die Wahlperiode der Abgeordneten für die II. Kurie der Landschaft des vormaligen Fürstentums Hildesheim.

Gemäß § 4 des Verfassungsstatuts der Landschaft des vormaligen Fürstentums Hildesheim wählt die Stadt Alfeld (Leine) einen Abgeordneten sowie dessen Vertreter in die II. Kurie der Landschaft.

Die Wahl erfolgt nach Maßgabe des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes.

Da die Stadt bisher vom Bürgermeister vertreten worden ist, wird von der Verwaltung vorgeschlagen, für die nächste Wahlperiode als Abgeordneten der Landschaft wiederum den Bürgermeister und als seinen Stellvertreter den allgemeinen Vertreter des Bürgermeisters zu wählen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) wählt als Abgeordneten für die II. Kurie der Landschaft des vormaligen Fürstentums Hildesheim Herrn Bürgermeister Bernd Beushausen und als seinen Stellvertreter seinen allgemeinen Vertreter.“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 014/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Benennung einer Vertreterin eines Vertreters der Stadt Alfeld (Leine) für die Gesellschaftsversammlung der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH

Die Stadt Alfeld (Leine) ist Gesellschafterin der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH.

Die Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinde in der Gesellschafterversammlung von Unternehmen, an denen die Gemeinde beteiligt ist, werden nach § 138 Abs. 1 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) vom Rat gewählt.

Da nur ein(e) Vertreter(in) zu entsenden ist, richtet sich die Wahl nach § 67 NKomVG.

Für die Dauer der Wahlperiode von 2021 bis 2025 wird wiederum vorgeschlagen, den Bürgermeister als Vertreter der Stadt Alfeld (Leine) zu bestimmen.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„In der Gesellschafterversammlung der Kreiswohnbau Hildesheim GmbH wird die Stadt Alfeld (Leine) durch den Bürgermeister oder durch seinen allgemeinen Vertreter vertreten.“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 015/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Entsendung von Mitgliedern in den Aufsichtsrat der Wasserwerk Alfeld GmbH

Gemäß § 9 des Gesellschaftsvertrages der Wasserwerk Alfeld GmbH sind acht Ratsfrauen/Ratsherren in den Aufsichtsrat zu entsenden. Der Bürgermeister gehört dem Aufsichtsrat kraft Amtes an.

Die Verteilung der acht Sitze im Aufsichtsrat auf die Ratsfrauen und Ratsherren erfolgt unter Berücksichtigung der Fraktions- und Gruppenstärke nach dem in § 71 Abs. 2 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes (NKomVG) festgelegten Verfahren.

Die Fraktionen und Gruppen wurden gebeten, ihre Vertreter zu benennen. Bis zur Fertigstellung dieser Vorlage lagen noch nicht alle Namen vor.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Der Rat der Stadt Alfeld (Leine) entsendet folgende Personen in den Aufsichtsrat der Wasserwerk Alfeld GmbH:

1. SPD
2. SPD
3. SPD
4. CDU/FDP
5. CDU/FDP
6. CDU/FDP
7. Bündnis 90/Die Grünen
8. mögliches Losverfahren zwischen SPD/BAL“

Stadt Alfeld (Leine)

- Der Bürgermeister -

Alfeld (Leine), 21.10.2021

Amt: Amt für Kommunalverfassung
AZ: 10.2

Vorlage Nr. 016/XIX

Beschlussvorlage	Gleichstellungsbeauftragte
öffentlich	☒ beteiligt ☐ nicht beteiligt

Beratungsfolge	Termin
Rat der Stadt Alfeld (Leine)	04.11.2021

Bestimmung von Vertreterinnen/ Vertretern der Stadt Alfeld (Leine) für den Kirchenvorstand der ev.-luth. St. Nicolai Kirchengemeinde Alfeld (Leine)

Aufgrund des § 2 der Vereinbarung zwischen der Stadt Alfeld (Leine) und der ev.-luth. St. Nicolai Kirchengemeinde vom 30.09.1977 haben die ev.-luth. Mitglieder des Rates eine/n Patronatsvertreter/in zu wählen, der/die als vollberechtigtes Mitglied an den Sitzungen des Kirchenvorstandes der ev.-luth. St. Nicolai Kirchengemeinde teilnimmt.

Daneben ist die Stadt berechtigt, eine/n weitere/n Vertreter/in als Berater zu bestellen, die/der ohne Stimmrecht an den Sitzungen des Kirchenvorstandes teilnimmt.

Beide Vertreter/innen der Stadt müssen Mitglieder der ev.-luth. Kirchengemeinde in Alfeld (Leine) sein.

Beschlussvorschlag für den Rat der Stadt Alfeld (Leine):

„Die ev.-luth. Ratsmitglieder benennen als

- Patronatsvertreter/in

und als

- Berater/in

für den Kirchenvorstand der ev.-luth. St. Nicolai Kirchengemeinde in Alfeld (Leine).“